

utopia

herrschaftslos gewaltfrei

Nr. 19 Sommer 2011

Kostenlos – aber nicht umsonst!

www.jugendzeitung.net

redaktion@jugendzeitung.net

Da hab ich doch nichts mit zu tun!

Kolonialismus und Rassismus

Neulich in der Tram, ein Gespräch zwischen zwei Studentinnen: „Ich habe eine Vorlesung über Kolonialismus. Ich versteh echt garnichts, hab noch nie was davon gehört. Wozu brauche ich das, wenn ich Lehramt studiere?“ Sie studiert Lehramt, wird also Lehrerin. Sie studiert, also hat sie Abitur. Mir ist auch schon aufgefallen, dass ich in meinem Geschichts- und Politikunterricht während meiner Schullaufbahn mit dem Thema Kolonialismus nicht näher in Berührung gekommen bin. Sollten wir etwas darüber wissen?

Sehen wir uns die Sache mal näher an. Dazu ein kurzer Abriss der deutschen Kolonialgeschichte. Preußen ermächtigte sich im 17. Jahrhundert erstmals mehrere Gebiete, welche heute in Ghana, Mauretanien, den USA und Benin liegen. Regionen, die meist erst auf den Karten europäischer Kolonialherren 1884 in Berlin zu Ländern wurden. Aus diesen westafrikanischen und karibischen Regionen, die damals keineswegs unbewohnt waren, wurden Rohstoffe abgebaut, SklavInnen entführt und mit ihnen gehandelt. Später kamen noch zahlreiche Gebiete im mittleren und südlichen Afrika, im Osten Chinas, in Südost-Asien und Ozeanien hinzu.

Während und nach der oben genannten Konferenz im Jahre 1884, welche auch als Berliner Kongo- oder Westafrika-Konferenz bekannt ist, wurden vom gastgebenden deutschen Reichskanzler Bismarck sieben Kolonien vertraglich erworben, später noch zwei weitere in Asien. Diese neun „Schutzgebiete“ wurden nach dem Ersten Weltkrieg 1918 durch den Versailler Vertrag unter den Alliierten aufgeteilt. Also alles „nur Geschichte“, oder nicht?



Waffen im Kongokrieg - finanziert durch deutsche Unternehmen

Alles „nur“ Geschichte?

„Nur Geschichte“ ist für den französischen Schriftsteller Léon Bloy „vor allem im Fernen Osten und in Afrika, nichts als Leid, maßlose Grausamkeit und namenlose Schändlichkeit“. Nicht nur deutsche Kolonialverwalter, auch die vieler anderer westlicher Länder sind als herrschende Minderheit gegen die dortigen BewohnerInnen vorgegangen. Überzeugt von der damals verbreiteten und seit langem widerlegten „Rassen-Theorie“ sahen sie sich selbst als überlegene „weiße Rasse“ an. Somit waren alle Mittel legitimiert, sich die anderen „Rassen“ untertan zu machen. Diese Mittel sahen sehr unterschiedlich aus. Doch eines hatten viele gemein: Sobald sich die Bevölkerung in den Kolonien dem Vorgehen der Herrscher widersetzen, kam es zu grausamen Völkermorden. Alle hatten das Ziel, die widerstrebende Bevölkerung einzuschüchtern, auszuschalten oder dazu zu bewegen, die Fremdherrschaft anzuerkennen und den Weißen zu dienen. Um 1900 wurden im heutigen Namibia große Teile der Viehbestände der Herero von deutschen Großgrundbesitzern für sich beansprucht, woraufhin sich die einheimische Bevölkerungsgruppe zu wehren begann.

Die Niederschlagung dieses später als Aufstand der Herero und Nama (eine weitere Bevölkerungsgruppe, welche sich den Herero anschloss) bekannt gewordenen „kolonialen Zwischenfalls“ kostete unter der Führung durch Lothar von Trotha über drei Viertel der Herero- und die Hälfte der Nama-Bevölkerung das Leben. Diejenigen, die nicht im Kampf starben, wurden mit ihren Familien in die Wüste gejagt.

Fortsetzung auf Seite 4 →

Police partout, justice nulle part!

Repression und Solidaritätsarbeit an Europas Grenzen – Calais, Frankreich

Die Autorin war Anfang des Jahres im französischen Calais und war gegen den dortigen Rassismus gegenüber Migrant_innen aktiv. Für die *utopia* berichtet sie von ihren Erlebnissen.

Calais ist eine mittelschöne Stadt in Nordfrankreich. Ein paar Parks, ein paar Pubs, zwei Wochenmärkte und das Meer. Die Bürgermeisterin wird zur Zeit von der rechtskonservativen UMP gestellt. Als einen Höhepunkt der Stadtgeschichte feiern die Lokalzeitungen anlässlich der Hochzeit im englischen Königshaus: „Spitze aus Calais in Kates Brautkleid!“ In französischen Medien wurde die Stadt im April zum Thema, weil Videos veröffentlicht wurden, auf denen Polizeigewalt gegen Migrant_innen zu sehen ist. Einige 100 Migrant_innen leben hier, in Zelten oder verlassenen Gebäuden. Von dort aus versuchen viele von ihnen nach England zu gelangen.

Die no-border-Gruppe Calais, mit der ich dort einige Zeit gearbeitet habe, hat das Ziel, zusammen mit den Migrant_innen zu arbeiten und zu leben.

Aktivist_innen und Migrant_innen mit und ohne Papiere stehen morgens um 6 Uhr auf und gehen zum sogenannten Africa House, in dem viele der Flüchtlinge leben. Etwa einmal wöchentlich kommt die Polizei, um eine Großrazzia zu machen. Bei diesen Razzien werden Menschen verhaftet, um sie ein paar Stunden oder Tage festzuhalten, sie einzuschüchtern und ihre Fingerabdrücke abzunehmen. Nach der Dublin-II-Verordnung darf ein Mensch nur in dem europäischen Staat Asyl beantragen, in den er_sie zuerst eingereist ist. Werden also zum Beispiel in Frankreich Fingerabdrücke genommen und in der Datenbank EURODAC gespeichert, ist es praktisch unmöglich, erfolgreich einen Asylantrag in England zu stellen.



Menschenunwürdige Lebensbedingungen in Calais. Bild: ert

Bei diesen Razzien blasen wir in Trillerpfeifen, sodass für möglichst viele Zeit bleibt, sich zu verstecken oder auf die Dächer des Africa House zu klettern. Wir versuchen die Gewalt und die Drohungen zu filmen, wenn die schwarzen Menschen aneinander gekettet in Arrestwagen gezwungen werden und weiße Menschen in Handschellen gelegt werden. Rassismus ist in der Repression allgegenwärtig. Bei weißen Migrant_innen wird automatisch angenommen,

die sie seien Aktivist_innen mit Papieren. Vor allem seit der Medienaufmerksamkeit im April suchen die Bullen sofort nach Kameras, beschlagnahmen und zerstören sie.

Wir gehen mit zur Essensausgabe, die dreimal am Tag auf einem mit Stacheldraht eingezäunten Platz stattfindet. Dort stehen Wagen der PAF (französische Grenzschutzpolizei) oder der CRS (Bereitschaftspolizei), um die Leute zu fotografieren, zu zählen oder auf dem Weg dorthin zu verhaften. Wir sitzen abends zusammen am Feuer, erzählen oder spielen irgendwas.

Das Gefühl, die Situation dort wirklich teilen zu können, hört spätestens auf, als ich Freund_innen dort erzähle, dass ich jetzt für einige Zeit nach England fahre – „maybe we meet there, if I make it“. Kurz vor der Passkontrolle sehen wir die PAF mit Hunden, die in Lastwagen nach versteckten Menschen suchen, die so versuchen, nach England zu kommen. Wir bleiben im Auto unserer Mitfahrgelegenheit sitzen, zeigen unsere Pässe, werden durchgewunken und sind eine halbe Stunde später auf der Fähre nach Dover. Zwei der Menschen, die ich aus dem Africa House kenne, schaffen es in der Zeit, die ich in England verbringe. Einer landet im Abschiebeknast. Der andere nicht. Der englische Traum heißt für ihn, erstmal sechs Tage die Woche auf einem Feld zu arbeiten statt zur Schule zu gehen, wie er es eigentlich vorhatte. Wir verabschieden uns mit „Take care and fuck the CRS!“

ert

Aktivist_innen, die Zeit in Calais verbracht haben, können für Infoveranstaltungen und Vorbereitungstreffen eingeladen werden. Ihr erreicht sie unter: solidaritaet-mit-calais@riseup.net
Englischsprachiger Blog: calaismigrantsolidarity.wordpress.com
Deutschsprachiger Blog: calaismigrantsolidarity.blogspot.de

inhalt

Seite 1: Da hab ich doch nichts mit zu tun! - Kolonialismus und Rassismus (Fortsetzung auf Seite 4); Police partout - justice nulle part! | Seite 2: Editorial - „Es gibt kein richtiges Leben im falschen“; Für die Wahrheit in der Todeszelle; CD-Rezension: Gib(t) Abwechslung! | Seite 3: Sozial, gerecht, Fair Trade?; Fair Trade-Städte; Was ist eigentlich Fair Trade? | Seite 4: Das hat doch nichts mit mir zu tun! - Kolonialismus und Rassismus (Fortsetzung von Seite 1) | Seite 5: Made in Billiglohnland; Tierrechte = Unpolitisch?! | Seite 6: HaK bleibt!; Interview mit Johnny Mauser und Captain Gips: „Doch mehr Aufmerksamkeit als erwartet“ | Seite 7: Der exportierte Tod | Seite 8: Wem gehören die Wände?; Buchrezension: „Was mehr wird, wenn wir teilen“; Reclaim the media: Straßen aus Zucker

editorial

„Es gibt kein...

... richtiges Leben im falschen“, wusste schon Theodor W. Adorno. Und trotzdem versuchen wir es – sei es, dass wir Bio-Lebensmittel kaufen, vegan leben oder dem Fair Trade-Siegel beim Kauf von Klamotten vertrauen. Viele Ansätze gibt es, wenigstens etwas „richtig“ zu machen – in dieser Ausgabe nehmen wir einige von ihnen unter die Lupe und versuchen, sie von verschiedenen Seiten zu beleuchten. Mit Hintergrundinformationen wollen wir euch aufzeigen, was wie viel „bringt“ – und auch, wie es überhaupt beispielweise zu ungleichen Positionen in der Weltwirtschaft kommt.

Um dies zu klären, geht es im Leitartikel dieser Ausgabe um Kolonialismus und seine bis heute zu spürenden Auswirkungen. Zu diesen gehören unter anderem menschenunwürdige Arbeitsbedingungen im sogenannten „globalen Süden“ – was das mit der Serie „Die Simpsons“ zu tun hat, lest ihr ebenfalls in dieser utopia. Außerdem fragen wir uns, was Veganismus und Kapitalismus miteinander zu tun haben und wollen klären, was Fair Trade eigentlich im Allgemeinen und im Besonderen bei Bekleidung bedeutet.

Ihr seht schon – viele Ansätze, wenigstens einen Teilbereich des täglichen Lebens zu ändern. Einen kleinen, wenn auch zeitlich begrenzten Freiraum, in dem Gewaltfreiheit und der Abbau von Herrschaftssystemen möglich werden können, bieten euch die Sommercamps, die an Ost- oder Nordsee sowie auch an verschiedenen Seen in den kommenden Monaten stattfinden werden. In der Termin-Rubrik haben wir für euch einige Camps zusammengesucht, während derer ihr Sonnenschein, Feriengedächtnis und Politik verbinden könnt.

Wir wünschen euch einen schönen Sommer und viel Spaß beim Lesen!

Eure utopia-Redaktion

Erratum

In der letzten Ausgabe (utopia 18) ist uns leider ein Fehler unterlaufen.

Im Artikel „100 Jahre Internationaler Frauentag“ schreiben wir, der Tag ginge auf einen Streik von Textilarbeiterinnen zurück. Dieser Mythos ist heute wiederlegt; die Initiative geht allein auf den Antrag von Clara Zetkin bei der zweiten internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen 1910 zurück.

Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

Eure utopia-Redaktion

Für die Wahrheit in der Todeszelle

Der Fall Bradley Manning

Bereits im Mai 2010 wurde der 23-jährige Bradley E. Manning unter dem Verdacht, wichtige Geheimdokumente an die Enthüllungsplattform WikiLeaks weitergegeben zu haben, verhaftet. Seitdem sitzt er in einem Hochsicherheitsgefängnis der USA – ihm droht die Todesstrafe.

Hintergrund

2007 begann Mannings Karriere bei der US-Armee. Über das Rechnernetz des Außen- und Verteidigungsministeriums hatte der ausgebildete Nachrichtenanalyst über mehrere Monate Zugriff auf geheime Dokumente.

Am 22. Mai 2010 meldete der als Hacker bekannt gewordene Adrian Lamo, dass Manning ihn in einem Chat kontaktiert und sich mit den ihm zugänglichen Staatsgeheimnissen gebrüht habe. Lamo schaltete nach drei Tagen US-Staatsschützer ein, die ab sofort die digitalen Gespräche mitgelesen haben. Am 26. Mai wurde Bradley Manning während seiner Stationierung in Irak festgenommen.

Verlauf der Anklage

Dem amerikanischen Soldaten wird vorgeworfen, Informationen zur nationalen Verteidigung an eine nicht befugte Quelle übermittelt zu haben, hierunter Videoaufnahmen, die von WikiLeaks für das Collateral-Murder-Video verwendet wurden und die Depeschen (Cables) der amerikanischen Botschafter. Diese Dokumente erfuhren durch die massive Verbreitung mittels WikiLeaks eine enorme mediale Bedeutung und wurden in der ganzen Welt wahrgenommen. Bereits zu diesem Zeitpunkt drohten Manning 52 Jahre Haft.

Im Dezember 2010 soll Manning laut der britischen Tageszeitung The Independent ein „Plea Bargaining“, also ein Verhandeln der Schuld, angeboten worden sein. Dieses Verfahren sollte dem bisher nicht kooperierenden Angeklagten eine Aussage zur Anstiftung durch Julian Assange entlocken und ihm die Haft erleichtern. Assange, der Gründer von WikiLeaks, behauptet, noch mehrere geheime Dokumente in der Hinterhand zu haben, die den USA Schaden zufügen könnten.

Am 2. März 2011 wurde Manning, der neben der amerikanischen auch die britische Staatsbürgerschaft besitzt, in 22 weiteren Punkten beschuldigt. Der schwerwiegendste Punkt, die „Kollaboration mit dem Feind“, könnte für den 23-Jährigen die Todesstrafe bedeuten.

Haftbedingungen

Von Juli 2010 bis April 2011 verbrachte Bradley Manning, der auf Facebook offen mit seiner Homosexualität umging und sich für Gleichberechtigung in der Armee

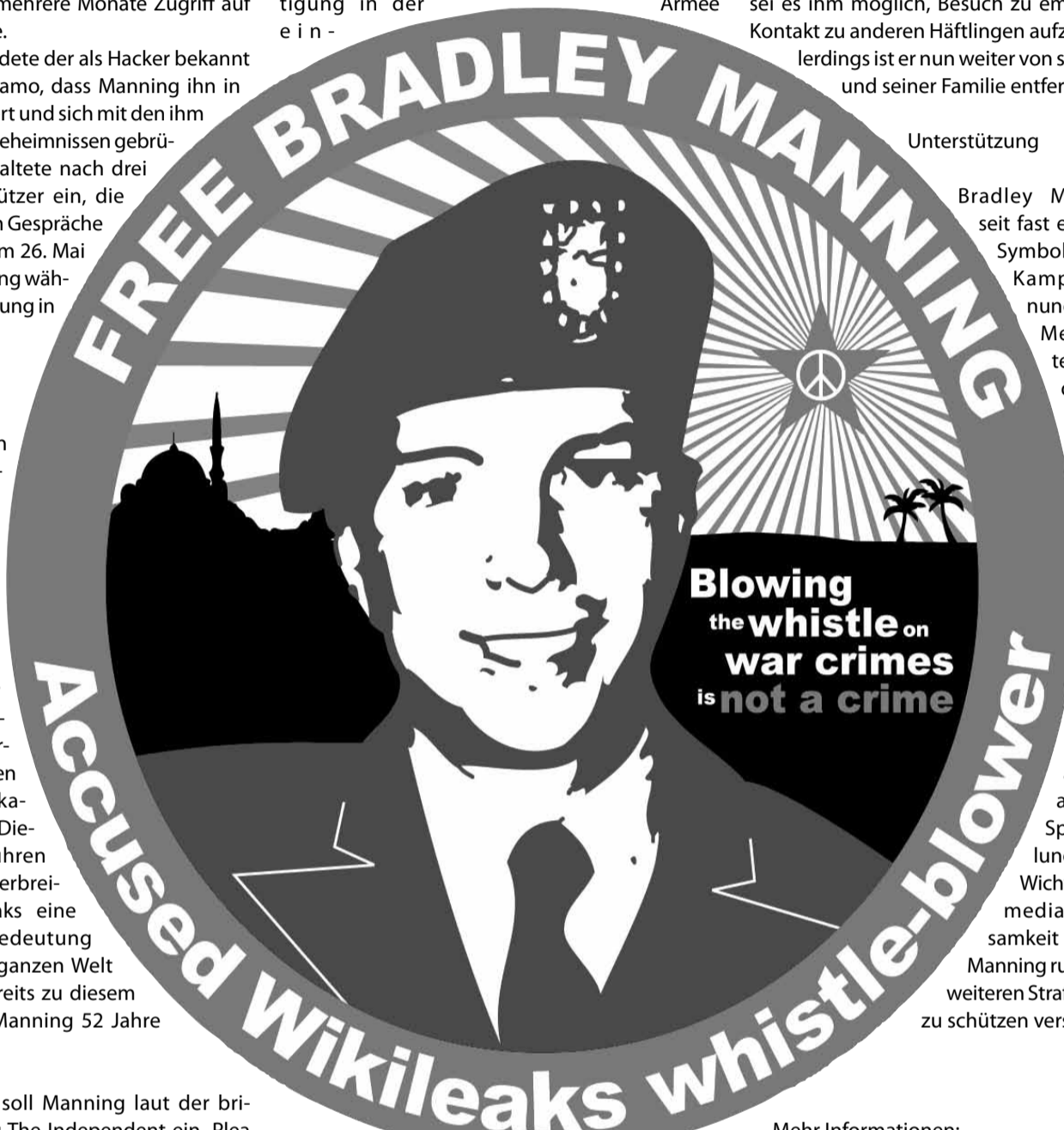
Der Verteidiger David Coombs äußerte im März 2011, dass Manning nachts sieben Stunden lang ohne Kleidung seiner Zelle ausharren und anschließend nackt vor allen Insassen antreten musste. Dieser Zustand, der bis auf weiteres wiederholt werden sollte, wurde offiziell mit einem Verweis auf die Regeln von einem Gefängnissprecher bestätigt.

Mitte April 2011 wurde Manning nach Kansas verlegt, um für seinen kommenden Prozess untersucht zu werden. In dieser neuen Unterbringung sei es ihm möglich, Besuch zu empfangen und Kontakt zu anderen Häftlingen aufzunehmen. Allerdings ist er nun weiter von seinem Anwalt und seiner Familie entfernt.

Unterstützung

Bradley Manning gilt seit fast einem Jahr als Symbolfigur für den Kampf für Meinungsfreiheit und Menschenrechte, sowie gegen die bewusste Verheimlichung von Straftaten durch Herrschende. Zahlreiche bekannte Persönlichkeiten sowie Initiativen zeigen sich bereits solidarisch, auch WikiLeaks trägt zur Spendensammlung bei. Wichtig ist, dass die mediale Aufmerksamkeit weiterhin auf Manning ruht und ihn vor weiteren Straftaten der USA zu schützen versucht.

Lena



setzte, 23 Stunden am Tag in einer bewachten Zelle. In dem militärischen Hochsicherheitsgefängnis wurden Manning Kissen und Bettlaken verwehrt, sportliche Betätigung war verboten, auch in der verbleibenden Stunde erhielt er keinen Zugang zu Nachrichten.

Mehr Informationen:
<http://www.freebradley.org/>
<http://www.bradleymanning.org/>

P.S.: Und trotzdem ist Bradley Manning natürlich ein Soldat und es bleibt zweifelhaft, ob ihn wirklich die Offenlegung von Kriegsverbrechen angetrieben hat.

Anzeigen

T-Shirts ★ Kapus
 ★ ★ Girlies ★ ★
 bedruckt und unbedruckt

über 1000 Button Motive
Buttonproduktion
 auch Kleinstauflagen
www.roter-shop.de

Aufnäher
 Tonträger
 Aufkleber
 Lesestoff
 Klamotten
 Buttons
 (auch Herstellung)

SCHWARZESOCKE.COM

Gib(t) Abwechslung!

CD-Rezension



Vor einigen Monaten erschien mit „Gib Acht!“ das – Welch Witz – achte Album der PunkRock-Combo „Dritte Wahl“. Erster Eindruck: na ja. Wer PunkRock erwartet, wird erst einmal enttäuscht. Zwar wird in den Songs „Wo ist mein Preis?“

und „Alles wird gut“ ordentlich mit der Gitarre geschrabbelt, mit „Das sieht gut aus“ findet sich aber auch ein Ska-Lied auf dem Tonträger, der Song „Alles für den Wind“ hat Folk-Anleihen und „Mama hol’ den Hammer“ kommt wie ein Schlagerlied daher. Tiefpunkt des Albums ist die einschläfernde Ballade „Ich bin’s“. Zu experimentieren und auch mal in andere Musikrichtungen zu schnuppern, sei den drei Rostocker Musikern gegönnt. Und nach einigem Hören fällt der zweite Eindruck von „Gib

Acht!“ sogar sehr gut aus: weiß man erstmal, dass beim Einlegen des Dritte Wahl-Tonträgers nicht nur PunkRock aus den Lautsprechern kommt, ist die Abwechslung der Songs sogar sehr angenehm. Die Ballade hätte aber wirklich nicht sein müssen – stattdessen lieber noch mehr rockige Songs mit deutlich politischem Inhalt. Einige der vierzehn Songs auf „Gib Acht!“ haben durchaus starke politische Aussagen: es geht um die Selbstdarstellung von Politikerinnen und Politikern in den Medien, Ungerechtigkeit durch Ausbeutung (ein Hauch von Kapitalismuskritik), Protestbewegung und Flüchtlinge.

Fazit: „Gib Acht!“ von „Dritte Wahl“ ist kein reines PunkRock-Album. Hat man dies erstmal kapiert, sind die Songs – mit einer Ausnahme – sehr hörensWert und teilweise auch sehr politisch: Ideal, um sie auch mal bei einer Demo über den Lautsprecherwagen laufen zu lassen.

Lena Zirkel

Fair Trade- Sozial, gerecht, Fair Trade?

Städte Kritik an Fair Trade

In Deutschland gibt es immer mehr „Fair Trade-Städte“, „Fair Trade-Landkreise“ oder „Fair Trade-Gemeinden“ – doch was steckt dahinter?

Städte, Landkreise und Gemeinden können sich bei der Organisation „TransFair e.V.“ darum bewerben, sich offiziell „Fair Trade“ als Vorwort geben zu dürfen – etwa darf sich die Stadt Dortmund offiziell „Fair Trade-Stadt Dortmund“ nennen. Dies bringt für die Stadt oder den Landkreis einen Imagegewinn und fördert auf der anderen Seite den fairen Handel. Um sich „Fair Trade-Stadt“ nennen zu dürfen, müssen fünf Kriterien, die von „TransFair e.V.“ alle zwei Jahre nach der Vergabe überprüft werden, erfüllt sein:

1. Es muss einen Beschluss der Kommune zur Bewerbung als „Fair Trade Stadt“ vorliegen. Zudem muss die Stadt beschließen, dass bei allen Sitzungen der Ausschüsse und des Stadtrates sowie im Bürgermeisterbüro Fair Trade-Kaffee sowie ein weiteres Produkt aus Fairem Handel verwendet wird.
2. Es muss eine Steuerungsgruppe – beispielsweise aus BürgerInnen, KirchenvertreterInnen, etc. – geben, die die Aktivitäten zur Förderung des fairen Handels vor Ort koordiniert.
3. In den Städten müssen je nach Einwohnerzahl eine bestimmte Anzahl von Einzelhandelsgeschäften, Hotels und Restaurants fair gehandelte Waren und Lebensmittel verkaufen.
4. In öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Vereinen und Kirchen müssen Fair Trade-Produkte verwendet und Bildungsaktivitäten zum Thema „Fairer Handel“ durchgeführt werden.
5. Die örtlichen Medien müssen über die Aktivitäten auf dem Weg zur „Fair Trade-Stadt“ berichten.

Vielleicht wäre es ja auch etwas für deine Stadt eine „Fair Trade-Stadt“ bzw. eine „Fair Trade-Gemeinde“ zu werden!

Weitere Informationen gibt es unter: www.fairtrade-towns.de

Lena Zirkel



Was ist eigentlich... ... Fair Trade?

Fair Trade heißt erstmal einfach nur: Fairer Handel. Aber was ist fair, und was wird denn alles gehandelt? Das Siegel garantiert zunächst einmal die Einhaltung von bestimmten Bedingungen bei Produktion und Vermarktung der Produkte. Diese Bedingungen beinhalten unter anderem soziale, ökonomische und ökologische Standards, wie zum Beispiel Förderung von umweltfreundlichem Anbau, Verbot von Kinderarbeit und die Berücksichtigung des Rechts zur Gewerkschaftsbildung. Außerdem gehören garantierte Mindestpreise und direkte langfristige Handelsbeziehungen ohne Zwischenhändler_innen dazu.

Fairer Handel basiert auf der Idee der einen Welt, also nicht auf einer Unterscheidung zwischen der sogenannten „ersten“ und „dritten Welt“. Der Begriff soll verdeutlichen, dass es vielfältige wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zwischen den verschiedenen Ländern und Welten gibt, die diverse Abhängigkeitsstrukturen schaffen, aber auch die Produktion und den Konsum einiger Güter in manchen Ländern überhaupt erst möglich machen. Das Konzept der „Einen Welt“ möchte sich abgrenzen von einer konservativen Entwicklungspolitik, die „nur Geld überweist“ und setzt auf Unterstützung von Emanzipationsbewegungen und interkulturelle Bildung.

Fair Trade ist ein Teil dieses Konzeptes: Durch die oben beschriebenen Bedingungen sollen mehr globale Gerechtigkeit erreicht und Ausbeutung der Länder des Südens für Profite der Länder des Nordens verringert werden. Gehandelt werden vor allem Früchte wie Bananen, Ananas und Papaya, aber auch Rohrzucker, Kakao, Kaffee, Öl oder Wein. Aber auch Baumwolle oder Fußbälle gibt es „fair“. Indem die Ware den Erzeuger_innen zu Preisen, die zum Teil deutlich über dem Weltmarktniveau liegen, abgenommen werden, unterstützt Fair Trade nicht nur die Existenzsicherung von Familien- oder Kleinstbetrieben. Zugleich sollen die Einbindung in ein aktives Gemeinwesen gefördert und Bildung ermöglicht werden.

Manchmal werden durch die Gruppen, die an der Fair Trade-Bewegung beteiligt sind, auch ganz gezielt politische Initiativen unterstützt, so geschehen zum Beispiel durch den Handel mit Bananen, die von sandinistischen Gruppen in Nicaragua produziert wurden oder aktuell mit Kaffee aus zapatistischen Kooperativen in Chiapas (Mexiko).

Ani K.

Fair Trade-Produkte sind seit längerem schon in diversen Supermarktketten und Discountern zu finden. Doch wie fair ist der Fair-Trade-Schokoriegel beim Discounter um die Ecke wirklich?

Als Fair Trade-Produkte werden Waren bezeichnet, die unter fairen Bedingungen produziert und gehandelt wurden. Klassischerweise werden Fair Trade-Produkte in Weltläden angeboten. Seit einigen Jahren jedoch lassen sich solche Produkte auch zunehmend in Discount- und Supermärkten finden. In den Regalen stehen typische fair gehandelte Produkte, wie Kaffee, Kakao, Schokolade, Tee, Reis, Früchte und auch Kleidung. Früher oder später kommt da die Frage auf, ob das denn beim „Billig-Discounter“ auch wirklich noch fair ist.

Fair Trade beim Discounter

Die meisten Menschen verbinden Discountmärkte mit günstigen Preisen und manche Ketten auch mit schlechten Arbeitsbedingungen. Das Image von Fair Trade widerspricht dem völlig. In Werbekampagnen werden oftmals geradezu idyllische Bilder von der Arbeit der Produzent_innen erzeugt. Da liegt die Vermutung nahe, dass fair gehandelte Produkte nur in das Sortiment aufgenommen wurden, um medienwirksam das (angekrazte) Image des Unternehmens aufzupolieren. Zusätzlich kann die Einführung solcher Artikel auch neue Kund_innen anziehen.

Tatsächlich liegt der Anteil der angebotenen „fairen“ Waren am Gesamtangebot meist nur bei wenigen Artikeln. Die höheren Preise, die eine Discounterkette für Fair Trade-Artikel zahlt, können so durch neu erschlossene Käufer_innengruppen und durch ein aufge bessertes Image, das auf Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung getrimmt ist, wieder ausgeglichen werden. Zudem ist es für die Konzerne möglich neu entstandene Kosten an vielen weiteren Stellen wieder einzusparen. Beispielsweise haben sie große Macht,



Was steckt hinter diesem Siegel?

einen enormen Preisdruck auf Zulieferbetriebe von nicht fair gehandelten Produkten auszuüben, so dass diese ihr Preisangebot reduzieren müssen, um konkurrenzfähig zu bleiben und einen wichtigen Großabnehmer nicht zu verlieren.

Es drängt sich die Frage auf, ob das mit den Grundideen von fairem Handel vereinbar ist. Und vor allem: Wie viel dessen, was ich als Kund_in (mehr) bezahle, kommt auch wirklich bei den Produzent_innen in den „Entwicklungsländern“ an?

Wer kontrolliert? – Fair Trade-Siegel & Logos

Für Kund_innen ist das oft nicht leicht nachzuvollziehen. Es gibt viele verschiedene Siegel und Logos, die fair gehandelte Waren kennzeichnen.

Das Problem hierbei ist, dass es zum einem viele unterschiedliche Siegel gibt, die wiederum unterschiedliche Standards festlegen – so reichen teilweise 50% Fair Trade-Anteil in einem Produkt aus, um ein entsprechendes Siegel zu bekommen. Zum anderen stellt sich die Frage nach unabhängigen Kontrollen, welche die jeweilig festgelegten Standards regelmäßig überprüfen und so deren Einhaltung gewährleisten. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Transparenz. Es sollte für Konsument_innen einfach nachzuvollziehen sein, wie sich die „fairen“ Preise zusammensetzen, also wie viel letztendlich Produzent_innen (mehr) gezahlt bekommen und wie viel zum Beispiel beim Discountunternehmen bleibt. Auch sollte eine Transparenz der Kontrollorganisationen, die die fairen Bedingungen festlegen und gewährleisten, gegeben sein. Dies ist nicht immer der Fall. Gerade beim Einkauf lässt sich an Hand der Logos und Siegel für Käufer_innen kaum ein Unterschied in der „Qualität der Fairness“ ausmachen.

Weltläden und unabhängige Kollektive

Die beste Möglichkeit fair gehandelte Artikel zu finden oder sich zu informieren, bieten Weltläden oder zum Beispiel das „Café Libertad Kollektiv“ in Hamburg, da diese in direktem Kontakt zu den Produzent_innen stehen oder wie das Kollektiv selbstverwaltet und unabhängig Import und Vertrieb organisieren.

Konsument_innen können durch ihre Wahl, ob fair oder konventionell gehandelte Artikel, dazu beitragen, korrekte Arbeits- und verbesserte Lebensbedingungen in der sogenannten „dritten Welt“ zu fördern. Auch wenn das kapitalistische Prinzip der Lohnarbeit dadurch nicht abgeschafft wird: Es gibt Alternativen zu Unternehmen, die ihre Angestellten unter miesen Bedingungen schuften lassen. Warum diese nicht nutzen?

Dominik

Leser_innenbrief

„iz3w antideutsch“

Die GWR macht Werbung für die iz3w und in der Utopia (die allerdings eine eigene unabhängige Redaktion hat) wird ausschließlich positiv über die iz3w berichtet. Unbestritten enthält die iz3w auch ganz hervorragende Beiträge! Solidarität mit dem Staat Israel ist allerdings kaum mit Herrschafts- und Gewaltfreiheit vereinbar. Diese Überzeugung dürfte ein großer Teil der GWR-Leser (jederlei Geschlechts) mit mir teilen.

Ich halte es deshalb für geboten, in diesem Leserbrief darauf hinzuweisen, dass die iz3w mittlerweile ein antideutsches Blatt ist. Das möchten viele möglicherweise nicht unterstützen. Am besten ist es sicher, wenn sich alle ein eigenes Bild von der iz3w machen – es muss ja nicht gleich ein Abo sein. Eine Vorwarnung erschien mir jedoch angemessen.

MarkS

Anzeige



Kleinanzeige

Jugendzeitung, fast 4 Jahre jung, herrschaftslos, gewaltfrei und basisdemokratisch sucht...

DICH

für

* Mitarbeit: Das Redaktionsteam freut sich über Verstärkung, u.a. bei der Planung zukünftiger Ausgaben und bei organisatorischen Aufgaben. Auch wenn Du nur ab und zu einen Artikel schreiben willst, kannst Du Dich gern melden: redaktion@jugendzeitung.net

* Verteilen: Die utopia soll von möglichst vielen Menschen gelesen werden. Für sehr wenig Geld kannst du bereits die utopia in größerer Stückzahl abonnieren, um sie in Jugendzentren, Schulen und Hochschulen sowie bei Demos, Festivals oder sonstigen Veranstaltungen zu verteilen oder auszulegen. jugendzeitung.net/bestellen

Fortsetzung von Seite 1: „Da hab ich doch nichts mit zu tun!“

Dort riegelten die deutschen „Schutztruppen“ jeglichen Zugang zu Nahrung und Wasser ab, und führten dadurch absichtlich deren Hungertod herbei. Trotha: „Die Herero sind nicht mehr deutsche Untertanen. [...] Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber und keine Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volke zurück oder lasse auch auf sie schießen“.

Was haben diese zurückliegenden Ereignisse nun mit der heutigen Zeit zu tun? Zunächst einmal sind die Folgen der Kolonialisierung immer noch, sowohl in den Gebieten der ehemaligen Kolonien, als auch in den Ländern der Kolonialherren zu spüren. In den Ländern, deren Grenzen von den Besatzern festgelegt wurden, gibt es nach wie vor zahlreiche Konflikte, die unter anderem auf Grund der willkürlichen Grenzziehungen entstanden sind.

Hier wurden viele Bevölkerungsgruppen getrennt oder aber verschiedene auf einem begrenzten Gebiet zusammengelegt. Somit wurde der Versuch unternommen, neue Nationalidentitäten für völlig oder zum Teil unterschiedliche Gruppen von Menschen zu schaffen, ohne dabei auf ihre Interessen einzugehen. Zudem greifen auch heute noch westliche Staaten, ehemalige Kolonialmächte und deren Wirtschaftsmultis und -organisationen massiv in die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozesse der von ihnen als Entwicklungsländer bezeichneten Nationen ein (Neokolonialismus).

Entwicklungshilfe oder Wirtschaftshilfe?

Mit der heutigen als Entwicklungszusammenarbeit bezeichneten Vermittlung und Betreuung von Projekten, bei denen oft das Verankern von wirtschaftlichen Beziehungen zum jeweiligen Geberland im Vordergrund steht, werden genau diese kolonialen und rassistischen Strukturen aufrechterhalten. Für jeden Euro, den Deutschland in die Entwicklungszusammenarbeit steckt (2011 sind dies rund 6,2 Milliarden Euro) gelangen je nach Schätzung zwischen 2 und 10 Euro an Investitionen wieder zurück nach Deutschland.

Dies wird offiziell als „positiver Nebeneffekt“ bezeichnet.

Hier wird unter anderem deutlich, warum das zuständige Ressort „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (BMZ) heißt. Hinzu kommen Schuldzahlungen der Länder des globalen Südens für erhaltene Kredite. Zusätzlich zu diesen „Nebeneffekten“ sichert die Ausbeutung von Rohstoffen in den Ländern des globalen Südens unseren westlichen, als Wohlstand bezeichneten Überkonsum.

Als Beispiel dient der Abbau von Koltanerz in der Demokratischen Republik Kongo: Der Abbau des Metalls durch die Bevölkerung wird von den örtlichen Rebellengruppen kontrolliert, welche sich immer wieder heftige Kämpfe untereinander und mit dem kongolesischen Militär um die Herrschaft über die Mienen liefern. Wer die meisten und größten Mienen kontrolliert, kann den Krieg finanzieren. Abnehmerinnen sind große westliche Firmen, zu denen auch der deutsche Chemiekonzern BASF gehören soll, die das Roherz sofort ausfliegen um es in anderen Ländern zum für unsere IT-Geräte so wichtigen Tantal zu verarbeiten.

Eines von vielen Beispielen, wo ohne finanziellen oder sonstigen Ausgleich an das ausgebeutete Land Rohstoffe für unseren Technikwahn gestohlen werden. Die lokalen Metallvorkommen könnten in einem Land wie der Demokratischen Republik Kongo zu stabilen sozialen und ökonomischen Verhältnissen führen, würde nicht weiter bei den Rebellengruppen eingekauft, sondern bei unabhängigen Mienen, welche faire Arbeitsbedingungen und Entlohnung gewährleisten und ihre Gewinne der Bevölkerung oder zumindest dem Staat zukommen lassen.

Der Gewinn könnte auch in die Infrastruktur und Weiterverarbeitungsindustrie vor Ort fließen. Wenn unser Staat und unsere Wirtschaft in ehemalige Kolonien auf diese Art investieren, wenn wir uns mit 20 auch schon 20 Handys gekauft haben, dann hat der Kolonialismus und Neokolonialismus auch heute noch mit uns zu tun.

Im seit 1996 andauernden Bürgerkrieg in der Demokratischen Republik Kongo sind weit über 5,4 Millionen Menschen getötet worden. Der Krieg dauert im östlichen Teil des Landes, in welchem sich die meisten Koltanvorkommen befinden, weiterhin an, zum Teil noch brutaler als zuvor, obwohl es seit 2003 ein offizielles Friedensabkommen gibt. Doch der Westen profitiert von der herrschenden Instabilität im Kongo, da er weitestgehend die Rohstoffpreise selbst bestimmen kann und die Versorgung gewährleistet ist. Auf andere Länder trifft dies nicht zu, daher greifen dort auch einzelne Staaten oder das Militärbündnis NATO sofort ein, sobald wirtschaftliche Beziehungen gefährdet scheinen.

Alltäglicher Rassismus

Wir sehen, dass die Auswirkungen des Kolonialismus noch heute die globale Wirtschaft prägen. Wenn wir auf die gesellschaftliche und wissenschaftliche Dimension schauen, sieht es nicht wesentlich anders aus.

Hier herrschen immer noch rassistische und orientalistische Weltbilder vor, welche zur Imperial- und Kolonialzeit entstanden sind. Diese hierarchische Weltansicht reproduziert sich immer wieder, in unseren Büchern, Nachrichten, Spielfilmen und Dokumentationen, in den Beziehungen unserer Regierungen und Wirtschaften, und schließlich in unseren Köpfen.

Jeden Tag könnten uns zig rassistische Bilder im eigenen Kopf auffallen, welche nur auf Äußerlichkeiten, eingepägten Stigmata und Vorurteilen beruhen, wenn wir nur darauf achteten.



Statt der zehntausenden getöteten Herero zu gedenken wird - wie etwa hier im westfälischen Münster - der wenigen bei dem Konflikt gestorbenen deutschen Soldaten gedacht. Solche Kriegsdenkmäler finden sich in vielen Städten.

Foto: Michael Schulze von Glaßer

Sei es der am Bahnhof stehende Schwarze Deutsche, von dem wir denken, dass er vielleicht Hilfe braucht, weil er nicht von hier ist. Oder der Angestellte im Chinaimbiss, der garantiert keine Arbeiterlaubnis hat und total ausgebeutet wird. Oder aber das kleine schwarze Mädchen, welches eine Fliege im Auge hat und uns vom Plakat einer der zahlreichen Hilfsorganisationen anschaut.

Helfen, helfen, helfen, alle brauchen Hilfe. Der Mann am Bahnhof, der Angestellte, das kleine Mädchen in Afrika.

Auch könnte ich die unterdrückte Frau mit Kopftuch, oder die vielen Menschen mit dem sagenumwobenen Migrationshintergrund aufzählen. Alles Bilder, die uns Medien und Politik, unsere oft weißdeutsche Erziehung und Bildung, oder auch unsere Umwelt vermitteln, wenn sie wieder mal den Schwarzen Deutschen als Afrikaner bezeich-

net oder in einer Aufzählung von verschiedenen Ländern der Welt auch das „Land“ Afrika auftaucht. In dem Moment, in dem wir solche Bilder und Annahmen unhinterfragt aufnehmen, greift der Rassismus. Alle brauchen unsere Hilfe. Hilfe beim Integrieren, was leider in Medien und Politik regelmäßig als Assimilieren, also als Auflösen oder Untergehen in der Masse vermittelt wird. Hilfe beim Zurechtfinden, denn sie kommen ja nicht von hier und sind anders. Hilfe beim Entwickeln, wobei wir wissen sollten, dass unsere Regierungen hierdurch nur sich und uns helfen. Die Medien, die Wissenschaft, die Politik und wir selbst schaffen ein Klima der Ausgrenzung, Abgrenzung und Diskriminierung.

Eine der neusten Formen ist der antimuslimische Rassismus. Welche falschen Bilder hier von muslimischen Männern und Frauen, deren Verhältnis, Gewaltbereitschaft und sogenannter Kultur vermittelt werden, ist besorgniserregend und stark menschenfeindlich. Das Kopftuch der Muslima war jahrzehntlang kaum ein Thema, solange sie noch als Putzfrau und nicht als Lehrerin gearbeitet hat.

Diesen orientalistischen und rassistischen Ansichten, sind und werden wir noch lange Zeit ausgesetzt sein und uns kaum davor schützen können, es sei denn, wir sind uns derer bewusst und versuchen, sie nicht weiter zu reproduzieren, um sie irgendwann so aus unserem Alltag zu verbannen.

Um nochmal auf die eingangs erwähnte Studentin zurück zu kommen: Gerade den angehenden Generationen von LehrerInnen kommt in der Bekämpfung dieser diskriminierenden Weltansicht und den ausgrenzenden Vorurteilen eine wichtige Rolle zu. Zusammen mit Eltern und Medien sollten sie dafür sorgen, dass unsere Kinder Menschen nicht aufgrund ihrer äußerlichen Merkmale anders sehen, bezeichnen und behandeln. Denn die LehrerInnen sind und werden nicht mehr ausschließlich weißdeutsche sein, und somit kann ein Potenzial des Miteinanders und nicht des Gegeneinanders entstehen. Wenn Männer, Weiße, Deutsche (...) bereit sind ihre Privilegien aufzugeben und die Vergangenheit konstruktiv aufzuarbeiten, wird sich etwas bewegen.

Julian Weber

Julian hat nach einer kaufmännischen Ausbildung und einem Auslandsaufenthalt im Rahmen des vom BMZ finanzierten weltwärts-Programms das Studium der Gesellschaftswissenschaften aufgenommen. Seitdem setzt er sich kritisch u. mit Austauschprogrammen, der Entwicklungszusammenarbeit auseinander. Neben dem Studium arbeitet er als Gartenhelfer und engagiert sich in der politischen Bildung, wo er beispielsweise Workshops an Berufsschulen anbietet.

Anzeige

Anzeige

Verlag Graswurzelrevolution

FINDUS
Kleine Geschichte des Anarchismus
Ein schwarz-roter Leitfaden – Comic
Unterhaltsam, amüsant und informativ präsentiert der Comic die Geschichte, Theorie und Praxis des Anarchismus. Das ideale Geschenk für »EinsteigerInnen« und »Fortgeschrittene«.
57 S. | 7,80 Euro | ISBN 978-3-939045-14-4

ACHIM VON BORRIES / INGBORG WEBER-BRANDIES (HG.)
Anarchismus – Theorie · Kritik · Utopie
Mit Texten u. a. von Godwin, Proudhon, Bakunin, Kropotkin, Malatesta, Landauer, Rocker, Goldman, Voline, Read, Goodman, Souchy
Dokumentiert und kommentiert wird die libertäre Tradition vom 19. Jh. bis in die jüngste Vergangenheit. Porträts der wichtigsten VertreterInnen des Anarchismus ergänzen die umfassende Textsammlung.
425 S. | 22,80 Euro | ISBN 978-3-939045-00-7

LEO TOLSTOI, CLARA WICHMANN, ELISÉE RECLUS, MAGNUS SCHWANTJE U. A.
Das Schlachten beenden!
Zur Kritik der Gewalt an Tieren. Anarchistische, feministische, pazifistische und linkssozialistische Traditionen
Das Buch geht den historischen Spuren des Vegetarismus und der Tierrechtsbewegungen nach.
180 S. | 5 Abb. | 14,90 Euro | ISBN 978-3-939045-13-7

ULRIKE BÜRGER
Staudamm oder Leben!
Indien: Der Widerstand an der Narmada
Mehr als 80 Mio. Menschen sind in den letzten fünf Jahrzehnten weltweit durch den Bau großer Staudämme zwangsumgesiedelt worden. Das Buch zeigt, wie der globale Kapitalismus Kämpfe um das Wasser und die Energiegewinnung hervorbringt.
222 S. | 29 Abb. | 14,90 Euro | ISBN 978-3-939045-15-1

Graswurzelrevolution
Die Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft
Schnupperabo 3 Ausg. 5 Euro Vorkasse
Jahresabo 10 Ausg. 30 Euro
Jetzt abonnieren unter www.graswurzel.net

GWR-Vertrieb | Birkenhecker Str. 11 | 53947 Nettersheim | Fax (02440) 959 351
buchverlag@graswurzel.net | www.graswurzel.net

Klassiker der Sozialrevolte
die historische Reihe im UNRAST Verlag

★
Peter Kropotkin
Der Staat und seine historische Rolle
160 Seiten • 13,00 EUR • ISBN 978-3-89771-916-3
Kropotkins Kritik zielt insbesondere auf das perfide Zusammenspiel von Staat und bourgeoiser Großfinanz sowie dem sich monopolartig organisierenden Kapital.

★
Johann Most
Die freie Gesellschaft
Die Internationale Bibliothek und Texte aus der Freiheit zum Kommunistischen Anarchismus
264 Seiten • 14,00 Euro • ISBN: 3-89771-911-8

★
Milly Witkop, Hertha Barwich, Aimé Köster u.a.
Der Syndikalistische Frauenbund
275 Seiten • 16,00 EUR • ISBN 978-3-89771-915-6
Als Teil der anarchosyndikalistischen Bewegung entstand ab 1920 der *Syndikalistische Frauenbund*, der in seiner Hochzeit etwa 1.000 Frauen umfasste und von 1921 bis 1930 die Zeitung *Der Frauen-Bund* herausgab.

★
Teo Panther (Hg.)
Alle Macht den Räten!
Bd. I Novemberrevolution 1918
247 Seiten • 14,80 EUR • ISBN 978-3-89771-910-1
Bd. II Räte macht in der Diskussion
263 Seiten • 14,80 EUR • ISBN 978-3-89771-914-9
Die Texte der Revolutionäre von 1918/19 aus den verschiedenen politischen Kontexten von Revolutionären Obleuten und Gewerkschaftern, von USPD und Spartakusbund/KPD, von Rätekommunisten und Anarchisten zeigen den historischen Gang der Räte macht in Deutschland sowie die Diskussionen und Konflikte um die unterschiedlichen Vorstellungen von der Funktion der Räte in der Revolution.

★
Augustin Souchy
Anarchistischer Sozialismus
200 Seiten • 14,80 Euro • ISBN: 978-3-89771-919-4
Texte Souchys, u.a. einige Erstübersetzungen und bisher unveröffentlichte Manuskripte

★
Die Reihe könnt ihr abonnieren! Fordert dazu das Faltblatt „Klassiker der Sozialrevolte“ bei uns an:
UNRAST Verlag | Postfach 8020 | 48043 Münster
Tel (0251) 666293 | Fax (0251) 666120
info@unrast-verlag.de | www.unrast-verlag.de

Mehr Informationen und Tipps zur Vermeidung rassistischer Vorurteile im Alltag bietet das Buch *Deutschland Schwarz Weiss* von Noah Sow, erschienen im Bertelsmann-Verlag.

Einen kritischen Blick auf die Entwicklungszusammenarbeit mit Beiträgen zu einer nicht-rassistischen Bildungs- und Projektarbeit bietet die Broschüre *Von Trommlern und Helfern*. Herausgegeben von den entwicklungs-politischen Landesnetzwerken Berlin, Hessen, Hamburg und Sachsen ist sie per Mail (buero@ber-ev.de) erhältlich.

Made in Billiglohnland

Wo kommen eigentlich die Simpsons her?

Resignierte, traurige Gesichter in einer dunklen Fabrikhalle umgeben von Dreck, Ratten und Müll. An langen hintereinander gereihten Tischen werden Szenen der populären Fernsehserie „Die Simpsons“ gezeichnet. Ein kleiner Junge taucht Skizzen in ein Fass voller giftiger Chemikalien. In einer Hölle werden Merchandise-Produkte wie Homer- Teddybären mit dem Fell toter Katzen gestopft, massenhaft T-Shirts und CDs werden von einem ärmlich aussehenden Mann zum Transport in Kartons verpackt. Kurz darauf sieht man das Logo der Firma 20th Century Fox über einem Hochsicherheitsgefängnis.

„Happy Meals“ von McDonalds stecken, werden unter katastrophalen Arbeitsbedingungen hergestellt.

So deckte 2001 eine kritische KonsumentInnen-gruppe schlimme Zustände in den sogenannten Sweatshops und Hinterhoffabriken der Walt Disney Company auf.

Bis zu 18 Stunden Arbeitszeit an sieben Tagen die Woche, mehrere Monate hintereinander mit einem Monatsgehalt zwischen 40 und 60 Euro. Ein paar Jahre später, 2005, machte eine Studi- rendengruppe namens SACOM in China ganz

Schokoprodukte werden zu einem großen Teil an der Elfenbeinküste angebaut.

Seit vielen Jahren werden dort KindersklavInnen aus den Nachbarländern wie Burkina Faso mit falschen Versprechen gelockt oder einfach verschleppt. Ohne Bezahlung und ohne wieder zu- rück zu ihren Familien zu gelangen müssen sie tagein, tagaus unter schwersten Bedingungen für unseren billigen Kakao auf den Plantagen schuf- ten. Große Konzerne wie Kraft geben an, sich ge- gen Kinderarbeit zu stellen, garantieren aber im Gegensatz zu Firmen mit dem Fair-Trade-Siegel trotzdem keine fairen Löhne.

Doch wieso ist es überhaupt möglich, dass die Konzerne aus der westlichen Welt die früher so- genannte „Dritte Welt“ so ausbeuten?

Gründe hat das viele und die Verantwortlichkeit wird von Seiten der Konzerne gern auf die Zulie- ferbetriebe und Regierungen der Billiglohnländer abgewälzt.

Es sei doch die Sache der Regierungen, gerechte Löhne und gute Sozialstandards wie Sicherheits- vorkehrungen, bezahlte Überstunden etc. zu ga- rantieren. Doch wenn den Firmen die Löhne zu teuer werden, ziehen sie einfach ins nächste Land, wo sie wieder ihr gewohntes Lohndumping betrei- ben können. Die Konzerne diktieren die Preise für die Waren und Rohstoffe der Zulieferbetriebe, und dadurch bleibt denen oft nichts anderes übrig, als an Sicherheitsvorkehrungen zu sparen, Löhne weit unter der Armutsgrenze auszuzahlen und unbezahlte Überstunden zu verlangen.

Weitere Gründe sind die enorme Macht und der große Einfluss der Konzerne. Deren wohl größte Lobbyorganisation ist die internationale WTO, die Welthandelsorganisation, die für die Regelungen in Handelsbeziehungen verantwortlich ist. Glo- balisierungskritikerInnen und Nichtregierungs- organisationen werfen ihr oft vor, die Bedürfnisse ärmerer Länder mit Füßen zu treten.

Entwicklungsländer werden bei den WTO-Sit- zungen im Gegensatz zu den USA oder Vertre- tungen der EU oftmals gar nicht eingeladen. Aller- dings können bei diesen Sitzungen auch für nicht anwesende Länder verbindliche Entscheidungen getroffen oder gar Handelsanktionen durchge- setzt werden.

Doch Zustände, welche die Rechte der Menschen brutal missachten, können und dürfen nicht ge- duldet werden.

Ein Umdenken in der Gesellschaft dauert meis- tens lange, doch immer mehr Menschen werden wütend auf das Verhalten ausbeuterischer Kon- zerne und wollen ihr Konsumverhalten nicht nur an finanziellen, sondern auch an ethischen und moralischen Aspekten ausrichten.

Wir haben die Möglichkeit, etwas zu verändern. Demonstrationen und Aufrufe zum Markenboy- kott sind Schritte, die jeder und jede von uns tun kann. Wichtig ist vor allem eins: Viele andere Menschen über die Gegebenheiten in Billiglohnländern aufklären und zeigen, dass wir die Macht haben, den Menschen dort zu helfen.

Kerstin Kömmerling-Aschmoneit

Kerstin ist 19 Jahre alt, kommt aus Mannheim und ist gerade „FSJ-lerin“.



Zeichnung: Banksy

Das ist der Vorspann einer in den USA kürzlich gesendeten Simpsons-Folge vom britischen Untergrund-Künstler Banksy. Weg sind die sonst gewohnten grellen Farben der Simpsons, alles ist in dunklen Grautönen gehalten.

Überspitzte Kritik

Die wohl zu den populärsten Street-Art-Künstlern gehörende Person hinter dem Pseudonym Banksy ist vor allem durch ihre Graffitis in Großstädten wie London, Berlin und New York bekannt. Ein unverwechselbarer Stil und Werke mit einem kritischen oder ironischen Blick auf Entwicklungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind seine Markenzeichen. Bis heute versucht Banksy, seine wahre Identität geheim zu halten. Die Werke werden zum Teil im 6-stelligen Bereich gehandelt. Nun wurde Banksy eingeladen, beim Vorspann der 3. Folge der 22. Staffel Regie zu führen.

Prompt nutzte er die Chance und getreu seinem Stil wurden die Zuschauer zuerst einmal irritiert. Doch die Aussage kommt an. Banksy übt mit ironischen und überspitzten Bildern Kritik an großen ignoranten Konzernen, die beim Streben nach Gewinn an Werten von Ethik und Moral nicht interessiert sind.

Inspiziert wird er scheinbar durch mehrere Tatsa- chen. Seit Beginn der Serie wird die meiste Ani- mationsarbeit in Südkorea angefertigt und die Merchandise-Artikel, auf denen die Gesichter von Homer, Bart und Co. prangen, werden in Billiglohnländern wie Bangladesch oder China hergestellt.

Skrupelloses Lohndumping

Neu ist die Problematik um unmenschliche Ar-beitsbedingungen in Billiglohnländern nicht. Im Zuge der Globalisierung werden Menschen in Schwellenländern als schnell zu ersetzende Ar-beitskraft ausgebeutet. Auch Spielzeugfiguren der Zeichentrickhelden von Disney, die z.B. in den

ähnliche Entdeckungen für Produkte der Walt Disney Company.

Auch die Herstellungsbedingungen für unsere So- cken, Handys oder gar Notebooks vom Discounter Aldi weisen nach Berichten des Südwind-Instituts, welches sich für fairen Handel einsetzt, grobe Missstände auf. So beschäftigten 2007 mehrere Zulieferbetriebe Minderjährige und unterstützten die Ausstellung falscher Ausweise, um deren junges Alter zu verdecken. Auch die Unterdrückung von Gewerkschaften und lasche bis fehlende Si- cherheitsvorkehrungen gehören in Aldis Zulie- ferbetrieben scheinbar zum gewöhnlichen Bild.

Doch Aldi ist um ein sauberes Image bemüht und gibt auf der konzerneigenen Homepage an, dass der Discounter Mitglied in der sogenannten „Busi- ness Social Compliance Initiative“ sei, eine Initiati- ve, die sich für die Einhaltung von Sozialstandards ausspricht. Doch werfen Menschenrechtsorga- nisationen solchen Initiativen meist vor, dass sie keinerlei wahre Verpflichtungen eingehen und keine konzernunabhängige Überprüfung der Ein- haltung dieser Sozialstandards stattfindet.

Während wir also vorm Aldi-Fernseher sitzen und uns Zeichentrickfilme anschauen, naschen wir ne- benher noch eine Banane oder einen Schokoriegel. Doch auch die Produktion von Lebensmitteln, vor allem konventionell angebaute Süßfrüchte oder Kakao, geht fast immer einher mit der ex- tremen Ausbeutung von PlantagenarbeiterInnen. Die großen Obsthändler wie Chiquita, Dole und Del Monte bekommen ihre Früchte wohl von Plan- tagen, auf denen laut einer Studie von Human Rights Watch im Jahr 2002 Kinderarbeit nichts Besonderes ist. Die Kinder, die zum Teil unter 12 Jahre alt sind, bekommen demnach einen Tages- lohn von umgerechnet 3,50 Euro und sind ständig giftigen Pestiziden ausgesetzt.

Aber es geht noch menschenunwürdiger. Der Ka- kao aus der Schokolade von lila Kühen und andere

Tierrechte = Unpolitisch?

Gegen Abschiebung, Kapitalismus und Tierausbeutung

Vom 19.- 22. Mai 2011 fand in Luxemburg die „International Animal Rights Conference 2011“ (IARC) statt. Die Veranstaltung wird im Folgenden von Animal Justice (einer Tierbefreiungsgruppe aus Luxemburg) kritisiert, da sie Herrschaftsver- hältnisse und die kapitalistische Verwertungslogik reproduzierte.

Die IARC fand im Novotel Hotel statt, das der Accor S.A gehört, welche massiv an Abschiebungen von „illegalen“ Migrant_innen beteiligt ist.

Als antikapitalistische/antispeziesistische Gruppe sprachen wir uns offen gegen die Organisation einer solchen Konferenz aus. Der vollständige Text der Kritik findet sich auf vegan.lu. Wir nutzen die Möglichkeit hier, um noch einmal klare Position zu beziehen und um (hoffentlich) weitere Diskus- sionen anzuregen.

Wir verstehen Antispeziesismus (Speziesismus be- zeichnet die Ungleichbehandlung von Lebewesen aufgrund ihrer Art) als Teil einer Herrschaftskritik und als weiterführende Kapitalismuskritik. Eine Befreiung jedes Lebewesens ist nur in einer selbst- bestimmten, herrschaftsfreien Welt möglich. Die Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen be- hindert diesen Schritt und somit die Befreiung von menschlichen sowie nicht-menschlichen Tieren.



Die Kritik an der Ausbeutung von Tieren ist kei- nesweges ein Randphänomen, sondern muss ergänzend als integraler Bestandteil einer weit- umfassenden Herrschaftskritik verstanden wer- den. Ausgrenzungs- und Herrschaftsmechanis- men sind miteinander verzahnt und bedienen sich gegenseitig. Und trotzdem besitzen alle ihre eigenen Dynamiken.

Dass es kontraproduktiv ist, ein Unterdrückungs- verhältnis „unpolitisch“ und nicht im Gesamt- kontext zu behandeln, gilt nicht nur für die Kritik an der Ausbeutung von Tieren, sondern auch für andere Kämpfe, z.B. ist es doch sehr fragwürdig, mit Mackerverhalten oder homophoben Aus- drucksweisen gegen Nazis vorzugehen.

Die Kritik an der Ausbeutung von Tieren aus ei- ner nicht-herrschaftskritischen Perspektive hat außerdem zur Folge, dass reaktionäre/anti-eman- zipatorische Gruppen und Personen die Thematik der Tierausbeutung für ihre Zwecke missbrauchen (können).

Herrschaft durchzieht verschiedene Sphären und kann nur als Ganzes verstanden werden.

Für die Befreiung von (nicht-menschlichen und menschlichen) Tieren

Animal Justice

Anzeige

Anzeigen

"Warum sollen wir Kleidung tragen, die von ausgebeuteten ArbeiterInnen hergestellt wurde?"

www.bekleidungssyndikat.de
fair - bio - vegan

★ FAIR-TRADE-T-SHIRTS-GIRLIES-TANKTOPS-POLOS-KAPUZENPULLOVER ★
★ KAPUZEN - LONGSLEEVES ★

ZONA ANTIFASCISTA

grandioso-versand.de
grandioso-textildruck.de

★ MUSIK-FAHNEN-ZINES-BOOKS-STREETWEAR-TASCHEN-RUCKSACK ★

Erfahrungen! Vom Wärmestrom der Geschichte

EMMA GOLDMAN
GELEBTES LEBEN
Autobiografie
Erinnerungen der legendären Anarchistin und Frauenrechtlerin. Die »rote Emma« blickt zurück auf ein langes rebellisches Leben, in dem sie kompromisslos für die Freiheit des Individuums eintrat.
Gebunden mit SU, 944 Seiten
illustriert, € 34,90

Horst Stowasser
ANARCHIE!
Idee. Geschichte. Perspektiven
Von der Utopie einer Gesellschaft emanzipierter Menschen. Eine umfassende Einführung in die Ideenwelt und Geschichte des Anarchismus.
Broschier, illustriert, € 24,90

Edition Nautilus
Mehr zum Programm: www.edition-nautilus.de

HaK bleibt!

Drohende Schließung des selbstverwalteten Jugendzentrums in Bad Segeberg

Das selbstverwaltete Jugendkulturzentrum Hotel am Kalkberg (HaK) in Bad Segeberg besteht mittlerweile seit mehr als 10 Jahren. Aus einem heruntergekommenen Gebäude wurde ein Platz von Jugendlichen für Jugendliche geschaffen, die unkommerzielle Partys, politische Arbeit sowie die Selbstgestaltung am Gebäude vornehmen und vieles mehr. Seit Bestehen des HaKs ist es von der Schließung seitens der Stadt bedroht. Doch Ende 2010 lief der Vertrag nun endgültig aus. Im Vorfeld gab es eine bunte laute Demo, zu der bis zu 320 Leute kamen. Im Anschluss feierten wir das 10-jährige Bestehen des Jugendzentrums.

Die Kündigung des Vertrages wurde seitens des HaKs allerdings nicht anerkannt, da von der Stadt Bad Segeberg kein Alternativ-Gebäude gestellt wurde, wie es laut Vertrag (für den Fall einer Kündigung) vereinbart wurde. Daher weigerten wir uns Ende des Jahres 2010 den Schlüssel zu übergeben. Seit Anfang dieses Jahres befinden wir uns daher im Rechtsstreit mit der Stadt, die rechtswidrig die Stromversorgung kappte. Solch eine dreiste Aktion zeigt mal wieder, dass in Bad Segeberg keine selbstverwaltete Jugend erwünscht ist.

Bereits im Jahre 2008, nach einer beliebten Hip-Hop Veranstaltung (Rap am Berg), kam es zu Sprühereien in der Innenstadt, woraufhin uns die Stadt die Großveranstaltungen strich, obwohl die Polizei und das Ordnungsamt gegenüber der Stadt klar stellten, dass nach geltendem Recht beispielsweise eine Diskothek nicht für die Taten der Gäste auf dem Heimweg belangt werden und somit auch kein Zusammenhang zwischen „Rap am Berg“ und den Sprühereien hergestellt werden könne.

Durch das Verbot der großen Veranstaltungen schränkte die Stadt die Selbstverwaltung massiv ein, da eine unabhängige Finanzierung nun nicht mehr möglich war. Seitdem kam die Stadt für Gas, Wasser und Strom auf. Im November letzten Jahres ging unsere Heizung kaputt, da unser Keller überflutet war. Dies meldeten wir der Stadt (Vermieter). Ihre Reaktion war ablehnend, mit der Begründung, der Vertrag würde eh bald auslaufen.

Da wir nun keine Heizung mehr hatten, froren die Wasserrohre zu und platzten. Die Folge davon war, dass das Wasser abgestellt werden musste, da es durch die geplatzten Rohre zu einem Wasserschaden kam. Dies bedeutet, dass wir seit über fünf Monaten kein Gas, kein Wasser und keinen Strom mehr haben.

Positive, kämpferische Stimmung im HaK

Trotz allem ist die Stimmung im Haus positiv, und auch die Lust auf Partys ist noch lange nicht vergangen. Veranstaltungen werden weiterhin organisiert, zuerst nur mit Kerzenlicht und Akustik-Musik, mittlerweile mit geliehenen Generatoren, die aber nicht für Live-Konzerte, nur mit Not für DJs reichen.

Doch durch solche Aktionen lassen wir uns nicht einschüchtern. Ganz im Gegenteil bekamen und bekommen wir viele Solidaritätserklärungen, die unseren Zusammenhalt und unseren Mut stärken.



Eine weitere positive Nachricht bekamen wir Mitte April während der Gerichtsverhandlung. Die Stadt kündigte uns ein zweites Mal, diesmal

fristlos, mit der Begründung, wir hätten die Jahresmiete von einem Euro nicht gezahlt. Abgemahnt wurde niemand, daher ist die Kündigung nicht rechtskräftig. Der Rechtsstreit ist noch lange nicht beendet, allerdings wird die Stadt mit hoher Wahrscheinlichkeit verlieren. Die Gerichtskostenhilfe wird uns wegen „Aussicht auf Erfolg“ bewilligt.

Die Stadt wünscht keine selbstverwaltete Jugendkultur, aber prahlt mit vielfältigem Angebot im Kulturbereich.

Weiterhin rühmt sich die Stadt seit Jahren als eine touristen- und seniorenfreundliche Stadt. Dies wird deutlich durch übertriebene Projekte, wie den Ausbau der Seepromenade, die über 2 Millionen Euro verschlingen soll. Gleichzeitig reißt die Stadt die Skateanlage ab (bis heute ohne Ersatz), und nimmt somit Bad Segeberg ein Stück Jugendkultur der besonderen Art.

Sie wollen unsere Freiräume ausrotten, doch wir lassen sie uns nicht nehmen! Wir kämpfen weiterhin für den Erhalt und solidarisieren uns mit unkommerziellen Projekten hier und anderswo.

HaK bleibt, für immer!!!!

Hannes und Paula

www.hotelamkalkberg.de

„Doch mehr Aufmerksamkeit als erwartet“

Repression gegen linken HipHop

Im Dezember 2010 wurde durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) ein Musikalbum der Künstler Johnny Mauser und Captain Gips als jugendgefährdend eingestuft. Das Album darf somit nicht mehr öffentlich beworben oder verkauft werden, die Lieder nicht mehr auf Veranstaltungen gespielt werden, sofern Minderjährige anwesend sind.

Die Bundesprüfstelle prüft Musikstücke, Videofilme und Computerspiele auf Inhalte, die für Kinder und Jugendliche ungeeignet sein können. Dabei geht es zumeist um Gewaltdarstellungen, pornografisches Material oder auch rechtsradikales Gedankengut. Dass es mit Johnny Mauser und Captain Gips diesmal linke Musiker getroffen hat, ist eher ungewöhnlich. Meistens erwischt es Nazi-Musik, Horrorfilme und Ballerspiele für Spielkonsolen und Computer. Im Fokus der BPjM standen dabei Textpassagen, welche sich auf das besetzte Kulturzentrum Rote Flora in Hamburg beziehen. *utopia* hat in einem Interview die beiden linken Rapper zu der Indizierung befragt.

utopia: Hallo ihr beiden, erzählt doch einfach mal wie das Indizierungsverfahren abgelaufen ist.

Johnny Mauser: Es fing damit an, dass die Rote Flora und das Schanzenfest Thema in der Klatschpresse waren, etwas Sommerloch-Atmosphäre herrschte und dann plötzlich unser Song medial aufgegriffen wurde. Das CD-Cover mit schwarzen Klamotten und Sonnenbrillen kam da der MoPo (Hamburger Morgenpost) ganz gelegen. Dazu kam noch die Befürchtung, dass wir als Musiker die Jugendlichen quasi auf die Seite der Flora ziehen. Alles ganz gefährlich (lacht).

Captain Gips: Auf meinem Anrufbeantworter war dann eine Nachricht von einem MoPo-Redakteur mit der Frage, ob wir uns nicht äußern wollen zu der Geschichte, die morgen erscheinen würde. Witzlos natürlich, da diese Anfrage kurzfristig kam und zeitlich kaum noch eine Stellungnahme möglich gewesen wäre. Und so hieß es dann einfach im Bericht, wir hätten uns nicht äußern wollen.

Johnny Mauser: Das war dann auch der Punkt, an dem wir dachten: Krass, der Song und die Platte erzeugen doch mehr Aufmerksamkeit als erwartet. Wir haben selbst beim Aufnehmen des Songs überlegt, ob der Text auf dieser Macker- und Militanzschiene okay ist. Wir beschreiben jedoch nur das Szenario, welches bei einer Räumung der Flora eintreten könnte und aus künstlerischer Perspektive war das schon in Ordnung.

Captain Gips: An ein Indizierungsverfahren haben wir allerdings damals noch nicht gedacht.

Johnny Mauser: Bis dann im Spätherbst eine Email kam. Auf Antrag des Verfassungsschutzes sei es zu einem Index-Verfahren gekommen, bei dem für eine Indizierung unserer CD gestimmt wurde.

Seid ihr denn vor der Indizierungsentscheidung überhaupt informiert oder zu der Sitzung der Prüfstelle eingeladen worden?

Johnny Mauser: Nein, wir haben nur durch eine Email von der Entscheidung erfahren. Und die Begründung für die Indizierung selbst kam auch erst Wochen später per Post, so dass eine Klage gegen die Entscheidung erstmal praktisch nicht möglich war.

Habt ihr überlegt, rechtlich gegen die Indizierung vorzugehen?

Captain Gips: Wir haben natürlich mit unserer Anwältin darüber gesprochen. Die finanziellen Risiken und eine lange Verfahrensdauer haben uns dann aber abgeschreckt.

Habt ihr in Folge der Repression euer Verhalten geändert, sowohl künstlerisch als auch persönlich?

Captain Gips: Du denkst noch mehr darüber nach, was du für Songtexte schreibst. Es ist ja nicht unwahrscheinlich, dass die Texte unter die Lupe genommen werden. Wir werden aber weiter politische Musik machen, keine Angst! Aber auf

Gerichtsverfahren und die Beschaffung von Soli-Geld dafür haben wir keine Lust und vor allem keine Zeit.

Also die Schere im Kopf?

Johnny Mauser: Ja, in gewisser Weise schon. Repression ist natürlich nie schön. Vor dem Verfahren hatten wir nicht das Gefühl, Texte zu machen, die „jugendgefährdend“ sind. Wenn wir jetzt Texte schreiben, die sich mit Repression beschäftigen oder linksradikale Inhalte transportieren, achten wir etwas mehr auf die Aufmachung. Manchen Song spielen wir bei Auftritten erst ab 22 Uhr, dann gibt's keine Probleme.

Steht ihr im Kontakt mit linken Rappern oder linken Musikern, die ähnliches erlebt haben?

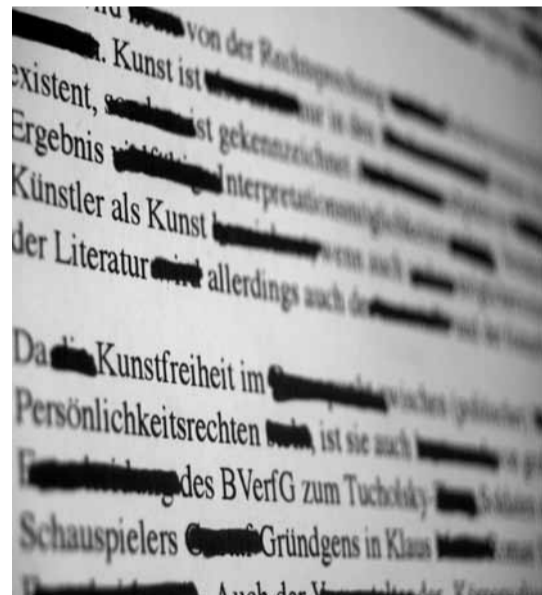
Captain Gips: Wir haben schon Kontakt mit linken Rappern, aber keiner hat ein Indizierungsverfahren.

Johnny Mauser: Die sind jetzt alles neidisch auf uns (lacht). Es war wohl auch ein bisschen Zufall, dass es uns getroffen hat. Es gibt ja genug linksradikale Musik, die nicht auf dem Index steht. Mir fallen jetzt aber außer Slime keine Musiker ein, die solche Probleme hatten. In den 1990er vielleicht Anarchist Academy...

Was steht ihr denn allgemein zu Indizierung von Musikstücken? Die gibt ja auch im Bereich des unpolitischen HipHop.

Captain Gips: Schwierig. Wir finden Indizierungen eigentlich immer problematisch. Bei Rap-Texten kann man mit etwas Abstand in der Regel sehen, dass nicht alles ernst gemeint ist. Da setzt die Prüfstelle aber auch an bei unseren Texten und behauptet, gerade Jugendliche würden nicht verstehen, dass nicht alles ernst gemeint und wörtlich zu nehmen ist. Wenn man sich darauf beruft, müsste allerdings sehr viel HipHop indiziert werden.

Johnny Mauser: Bei Rap wird immer etwas drastischer formuliert, das ist Teil der Kunstform. Was allerdings von einigen Rappern geäußert wird, beispielsweise homophobe Sprüche, geht wohl kaum noch als Kunst durch. Es gibt viele andere Rapper, die deutlich schlechtere Vorbilder sind als wir.



Quelle: ALS Und Indizierungen bei Rechtsrock und anderer Nazi-Musik?

Johnny Mauser: Da sehe ich Parallelen zur Diskussion um ein NPD-Verbot. Im Idealfall würde so etwas zivilgesellschaftlich geklärt werden und nicht mit einem staatlichen Verbot. Allerdings bin ich auch nicht traurig, wenn Nazimucke verboten wird!

Captain Gips: Was eine Indizierung oder ein Verbot bringt, ist dabei aber immer eh so eine Frage.

Was sind eure Beweggründe, politischen Rap zu machen?

Captain Gips: Also, ich hab auch, wenn man es so nennen will, unpolitischen Rap gemacht. Es hat sich dann ergeben, dass ich mit Johnny eine politische Platte aufgenommen habe. Wir sind ja auch privat politisch, da liegt so was nahe.

Johnny Mauser: Rap ist historisch gesehen schon immer ein Sprachrohr gewesen für Menschen, die eine politische Message überbringen wollen. Es wäre schade, wenn die ganzen Zeilen in einem Rap-Song nur mit inhaltsleerem Kram gefüllt würden. Da ein großer Teil unseres Lebens mit Politik gefüllt ist, ist politischer Rap eine Selbstverständlichkeit. Es verbindet Musik mit politischen Botschaften und kann viele Menschen erreichen.

Vielen Dank für das Gespräch! Wir sind gespannt auf den neuen Elektropunkrap von Captain Gips und das neue HipHop-Album von Johnny Mauser, welches im Juli erscheint.

Interview: Karl

Anzeige

Papyrossa | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln

Lucas Zeise:
GELD – der vertrackte Kern des Kapitalismus

Zur politischen Ökonomie des Finanzsektors und des Geldes: Anlässlich der Turbulenzen seit 2007 handelt Lucas Zeise die großen und kleinen Krisen des Kapitalismus ab – Inflation, Währungskrisen, Staatspleiten. Und er diskutiert, was notwendig wäre, um das Monster namens Finanzsektor zu bändigen.

192 Seiten; Euro 12,90

Gisela Notz:
Feminismus

Basiswissen Politik / Geschichte / Ökonomie

Feminismus gilt Gisela Notz als politische Theorie, soziale Bewegung und wissenschaftliche Disziplin. Seine zahlreichen, zum Teil auch gegenläufigen Strömungen, die die Rechte der Frauen widerspiegeln, macht sie mit einem Gang durch die Geschichte deutlicher, farbiger und interessanter.

Pocketformat; 131 Seiten; Euro 9,90

Tel.: 02 21 / 44 85 45 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

Der exportierte Tod

Deutschland verkauft Atomtechnologie in alle Welt

Damit deutsche Unternehmen die Möglichkeit haben, fremde Märkte in politisch und finanziell instabilen Teilen dieser Welt zu erschließen, gibt es bereits seit Ende der 60er Jahre eine staatliche Exportversicherung – die sogenannte Hermesdeckung. Durch diese Versicherung haben deutsche Konzerne, die mit Entwicklungs- und Schwellenländern handeln, die Möglichkeit, sich vor ausbleibenden Zahlungen und dem damit verbundenen Verlust, der sich negativ auf das Unternehmen auswirken könnte, zu schützen. Denn sollte es

lung“ (OECD) organisierten Länder privat nicht hinreichend absichern lassen. Bei der OECD handelt es sich um eine internationale Handelsorganisation mit 34 ausschließlich wohlhabenden Mitgliedsstaaten, deren Ziel unter anderem in der Aufrechterhaltung der optimalen Wirtschaftsentwicklung besteht. Geschäfte innerhalb dieser Handelszone müssen im Regelfall nicht staatlich versichert werden, da sie wirtschaftlich als überaus sicher gelten.



Foto: Michael Schulze von Glaßer

tatsächlich so weit kommen, dass die Abnehmer der Forderung nicht mehr nachkommen können, würde der Staat für den entstandenen Schaden aufkommen und die fälligen Beträge in voller Höhe an das entsprechende Unternehmen zahlen. Bei dieser Art von Bürgschaft handelt es sich um einen bedeutenden Bestandteil der deutschen Außenwirtschaftsförderung, die insbesondere für Großkonzerne – auch aus der Atomwirtschaft – von unschätzbarem Wert ist.

Über die Vergabe von solchen Exportgarantien entscheidet der sogenannte Innenministerielle Ausschuss, in dem Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Wirtschaftsministeriums, des Finanzministeriums und des Entwicklungsministeriums sowie Vertreter der Firmen und zumeist unabhängige Sachverständige sitzen. Dieses Gremium entscheidet dann nach einer Prüfung des vorliegenden Sachverhalts über die Vergabe von Deckungen.

Warum der Staat bürgen muss

Eine Frage, die sich nahezu aufdrängt, ist, warum ausgerechnet der Staat derartige Geschäfte absichern muss, und warum das nicht auch private Anbieter übernehmen können. Das liegt zum einen daran, dass sich kaum ein privater Versicherer dazu bereit erklären würde, Geschäfte von einer solch langen Dauer mit nicht geringem Risiko abzusichern, und zum anderen daran, dass sich Geschäfte außerhalb der in der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwick-

Die Unterstützung von Atomgeschäften – „Hermesatom“

Neben normalen wirtschaftlichen Geschäften subventioniert die deutsche Regierung auch das Geschäft mit der Atomtechnologie per Hermesdeckung. So hat die schwarz-gelbe Bundesregierung alleine zwischen Oktober 2009 und August 2010 die Deckung für Projekte in zehn neu zu bauenden Atomanlagen in aller Welt zumindest theoretisch übernommen. Darunter finden sich Aufträge von Ländern wie China, Russland, Litauen, Slowenien und sogar Japan; wobei die Realisation in diesem Land angesichts der verheerenden Katastrophe von Fukushima äußerst fragwürdig sein dürfte. Bislang flossen rund 13 Milliarden DM (der Betrag ist in DM angegeben, da hier alle übernommenen Garantien, seit bestehen der Hermesdeckungen zusammengefasst sind) der bisher gebilligten Bürgschaften ins Atomgeschäft. Ein Ende ist nicht in Sicht, denn neben den oben genannten zehn relativ sicheren Zusagen für Deckungen wurden sechs weitere Anfragen für Bürgschaften, die nur Geschäfte mit atomaren Technologien betrafen, gestellt. Nach derzeitigem Kenntnisstand wurde über diese sechs Anträge jedoch noch nicht entschieden.

„Hermesatom“ – Welche Gefahren sind mit der Deckung von Atomgeschäften verbunden?

Neben den normalen Gefahren, die ohnehin schon von der Atomenergie ausgehen, entstehen durch die Versicherung von Atomgeschäften auch noch andere gravierende Risiken, die keinesfalls unterschätzt werden dürfen. Besonders nennenswert hierbei erscheint die Gefahr eines überraschenden politischen Umsturzes im Abnehmerland, durch den die Atomtechnologie zerstrittenen Rebellen und Revolutionären in die Hände fallen könnte, die Kämpfe gegeneinander austragen, und für dieses Vorhaben aus reiner Gier und ohne Rücksicht auf Verluste auf die Atomkraft und den Waffen, die mit ihr produziert werden können, zurückgreifen wollen.

Diese Gefahr besteht vor allem in Schwellenländern. Doch auch in politisch und wirtschaftlich stabilen Ländern sind die Übernahme von Deckungen mit Gefahren behaftet, die nicht außer Acht gelassen werden sollten.

Diese Gefahr nimmt die Regierung wissentlich in Kauf, nur um der eigenen Wirtschaft etwas Gutes zu tun. Die Menschen in den jeweiligen Abnehmerländern scheinen ihnen völlig egal zu sein. Anhand dessen erkennt man sehr deutlich, dass sich unser politisches System absolut kapitalistisch ausgerichtet hat und der einzelne Mensch kaum mehr Beachtung findet.

Die Geschichte eines wirtschaftlichen Desasters – Der Bau eines brasilianischen AKWs

In den 70er Jahren gelang der brasilianischen Militärdiktatur dank internationaler Hilfe der Einstieg in die Atomtechnologie. Auch die Bundesregierung hatte sich unter Kanzler Schmidt rege daran beteiligt. Die Gründe für den Einstieg Brasiliens in die Atomkraft lagen weniger bei der Stromgewinnung als vielmehr bei dem Wunsch nach militärischer Vormachtstellung verbunden mit der Möglichkeit, Atomwaffen bauen zu können. Und das war allen Unterstützern wohl bekannt.

Zwar wurde dieses noch unvollendete Projekt nach dem Ende der Militärdiktatur eine Zeit lang auf Eis gelegt, da die neu gewählte Regierung zum einen damit beschäftigt war, die Schäden der vorangegangenen Regenten weitestgehend zu korrigieren und zum anderen deshalb, weil die neue Regierung mitnichten hinter der Atomtechnologie stand. 1996 wurden sie jedoch so weit gedrängt, dass sie das Projekt erneut aufnahmen. Besonders deutsche Akteure mussten sich her-vorgetan haben, als es darum ging, das Projekt voranzutreiben. Neben diversen deutschen Banken hatte vor allem auch die Siemens-Tochter KWU, die zu der Zeit finanzielle Schwierigkeiten hatte, von einer Wiederaufnahme profitiert. Das ließ sich damit erklären, dass die Banken die Kredite, die benötigt wurden, bereitstellten und KWU die Technik lieferte. Selbstverständlich hatten sich die Banken zuvor staatliche Unterstützung zusichern lassen.

Schließlich konnte das AKW Angra 2 nach einer spektakulär langen Bauzeit von 25 Jahren (die ersten Arbeiten hatten noch unter der Militärdiktatur begonnen) und den weltweit höchsten Baukosten von 15 Milliarden DM im Jahre 2000 fertiggestellt werden. Die Chancen, dass sich der Bau des AKWs jemals lohnen könnte, sind denkbar gering, denn es müsste alleine 40 Jahre lang betrieben werden, um nur die reinen Baukosten zu erwirtschaften. Eine solch lange Laufzeit dürfte jedoch aufgrund der alten Bauteile, für die es bald schon keinen Ersatz mehr geben wird, ausgeschlossen sein. Zudem geht von diesem AKW eine große Gefahr aus, da es sich im einzigen erdbebengefährdeten Gebiet des ganzen Landes befindet, und es schon des Öfteren Probleme mit Angra 1, dem benachbarten Kraftwerk gab; so sank beim Ausheben der Baugrube für Angra 2 das Maschinenhaus für Angra 1, das damals außer Betrieb war, ab. Die entstandenen Schäden lagen bei 50 Millionen US-Dollar. Bei der Beseitigung der Mängel tat sich besonders Siemens hervor, die dadurch eine Menge Geld verdienten.

Doch damit ist es noch nicht vorbei. Nachdem Brasilien 2001 in einer schweren Energiekrise steckte, wurde der Bau eines weiteren AKWs erwogen. Eine Zeit lang war die Position der aktuellen Regierung unklar, sie machten ihre Zusage vor allem von der internationalen (auch deutschen) Bereitschaft, das Projekt mit zu finanzieren, abhängig.

Im Februar 2010 erklärte sich die Bundesregierung unter Vorbehalt dazu bereit, eine Bürgschaft im Wert von 1,3 Milliarden Euro für den Bau von Angra 3 zu übernehmen. Die schlussendliche Zusage ist nun nur noch davon abhängig, wie die Verhand-

lungen mit den französischen Banken rund um die Kreditbedingungen verlaufen.

Es sieht jedoch ganz danach aus, dass der französisch-deutsche Konzern Areva NP/Siemens die Zusage für den Kredit bekommt und die Bauarbeiten bald beginnen können, was für Brasilien drastische Folgen haben könnte.

Zwiespalt Atomexportförderung

Wenn man das Thema „Atomexportförderungen“ vernünftig betrachtet, so müsste man sehr schnell zu dem Entschluss kommen, dass ein Land wie Deutschland, in dem die Atomtechnologie von der Bevölkerung strikt abgelehnt wird, keinesfalls Geschäfte unterstützen dürfte, bei denen den BürgerInnen des Abnehmerstaates diese gefährliche Technologie auf das Auge gedrückt wird. Denn oftmals ist der Protest, wie es ihn bei uns gibt, aufgrund der herrschenden Staatsform gar nicht zu vernehmen.

Die kleine deutsche Nichtregierungsorganisation urgewald formuliert hierzu auf ihrer Internetseite: „Die Bundesregierung jedoch darf nicht den Atomexport fördern, wenn die Technologie im eigenen Land wegen ihrer Gefährlichkeit abgelehnt wird und sie international unter vollkommen anderen, oftmals viel prekäreren, Bedingungen realisiert wird.“

Wenn zudem bekannt ist, dass die Einwohner des Landes, in dem das Kraftwerk gebaut werden soll, zum Großteil gegen Atomkraft sind, so dürfte die Bundesregierung keinesfalls für dieses Geschäft bürgen, denn somit würden sie signalisieren, dass sie keine Rücksicht auf das Volk nehmen, sondern nur die oftmals diktatorischen Herrscher unterstützen.



Foto: Michael Schulze von Glaßer

Wie es weitergehen wird?

Es ist schwierig, hier eine Vorhersage anzustellen, dennoch kann man davon ausgehen, dass in einem kapitalistischen System, wie dem der BRD, die Interessen der Wirtschaft zuerst berücksichtigt werden. Das hängt sicherlich damit zusammen, dass die VertreterInnen der entsprechenden Unternehmen direkten Einfluss auf die Bundesregierung haben und die BürgerInnen eben nicht. Sie haben erst bei den Parlamentswahlen wieder einen größeren Einfluss, und vor den Wahlen ist die Welt ohnehin in Ordnung, zumindest wird einem das so vorgespielt.

Aktiv werden!

Weitere Infos gibt es bei <http://urgewald.de/index.hp?page=12-113-116> und unter <http://www.campact.de/atom2/sn12/signer>

Johannes Hartl

Anzeige

ANARCHISTISCHER MAILORDER

BLACK MOSQUITO

NEUE SHIRTS · NEUE BÜCHER · JETZT AUCH MIT VEGANEM ESSEN · WWW.BLACK-MOSQUITO.ORG

termine

25. Juni – StandUp!-Cup 2011 antirassistisches Fussballturnier in Düsseldorf, Uni-Sportgelände standup-cup.org
 9. und 10. Juli 2011: Werde konsumkritischeR StadtführerIn. Seminar in Essen. eine-welt-netz-nrw.de/seiten/1187
 9.-11. September 2011: Rebellisches Zusammenkommen des Ya Basta-Netzwerks in Hildesheim ya-basta-netz.de.vu

Sommer-Camps

21.-24. Juli 2011 Camp zum herrschaftsfreien, emanzipatorischen Leben unter dem Titel "FREIHEIT.leben.PUNKT!" freiheitleben-punkt.tk
 24.-31. Juli 2011 Wer lebt mit wem? Herrschaftskritisches Sommercamp auf Burg Lutter werlebtmitwem.blogspot.de
 28. Juli-04. August 2011, Niedersachsen: Antinationales Sommercamp hoch 4 im Norden. Von: junge linke. junge-linke.org/de/antinationales-s...
 29. Juli-07. August 2011 in Brandenburg: Linkes Sommercamp von JD/JL linkessommercamp.de
 5.-14. August 2011: Herrschaftskritisches Sommercamp der NFJ Berlin naturfreundejugend-berlin.de/sommercamp
 07.-14. August 2011: Klima- und Energiecamp in Jänischweide (bei Cottbus/Lausitz) lausitzcamp.info
 11.-14. August: Libertär-feministisches Sommercamp bei Alsfeld/Hessen anarchismus.de/frauen/a-fem-treffen.htm
 26.-30. August 2011 Antinationales Sommercamp im Süden (Bayern/Ba-Wü). Ferien von Deutschland machen. Von: junge linke. www.junge-linke.org/de/antinationales-s...
 26. August – 04. September: Internationales Klimacamp 2011 im rheinischen Braunkohlerevier bei Köln klimacamp2011.de

impresum

Utopia Nr. 19

utopia herrschaftslos – gewaltfrei,
 Nr. 19 Sommer 2011
 www.jugendzeitung.net | redaktion@jugendzeitung.net
 www.myspace.com/jugendzeitung
 Layout: Ani K.
 Auflage: 14.000.



utopia wird von Jugendlichen für Jugendliche gemacht. Sie erscheint alle drei Monate, separat und als Beilage der Monatszeitung Graswurzelrevolution. utopia kann und soll kostenlos z.B. auf Demos, in Schulen, Unis, Jugendtreffs usw. verteilt werden. Die utopia ist auf Spenden angewiesen. Kontodaten und Einzugsermächtigungen auf www.jugendzeitung.net/spenden
 Verlag Graswurzelrevolution e.V.: Sitz Heidelberg. Redaktion Graswurzelrevolution: Breul 43, 48143 Münster, Tel. 0251/48290-57, Fax: -32, redaktion@graswurzel.net. GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11 Str. 24, D-53947 Nettersheim. Verantwortlich sind im Grunde alle, doch im Sinne des Presserechts ist dies: Michael Schulze von Glaßer, c/o GWR-Red. Münster. www.graswurzel.net

utopia ist eine Zeitung zum Mitmachen. Bei uns können junge Menschen Artikel schreiben über Themen, die sie interessieren. Bei uns kannst du dein Schreibtalent unter Beweis stellen, nette Menschen kennen lernen, dich am Layout beteiligen, deine Ideen einbringen. Genauso suchen wir noch Leute, die utopias unter die Leute bringen. Gehst du auf Demos? Oder du machst Veranstaltungen? Wir schicken dir gerne einige Exemplare zu!

Reclaimthemedial

Kommunismus könnte süß sein

„Wir wollen Straßen aus Zucker“ – so eine Textzeile aus dem Lied „Mindestens in tausend Jahren“ der Band Frittenbude. Angelehnt daran schreibt die Jugendzeitung Straßen aus Zucker „gegen Staat, Nation, Kapital und die ganze Kotzschneise“ (s. facebook-Seite der Zeitung) und für eine kommunistische Gesellschaft bzw. eine neue Gesellschaftsform, die neben dem Begriff „Kommunismus“ eben auch einfach mit den Worten „Straßen aus Zucker“ beschrieben werden kann. Das Zeitungsprojekt wurde 2009 von ursprünglich drei Berliner Gruppen gegründet, um dem deutschen Superjubiläumsjahr 2009 (20 Jahre Mauerfall, 60 Jahre Grundgesetz,...) etwas entgegen zu setzen und den „Nationalhype“ kritisch zu hinterfragen. Ursprünglich war „Straßen aus Zucker“ als einmaliges Projekt gedacht. Auf Grund der guten Resonanz der LeserInnen aber gibt es mittlerweile fünf Ausgaben. Das Projekt wird inzwischen von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert.

Jede Ausgabe der Zeitung beantwortet mehrere „wieso, weshalb, warum“-Fragen zu unserer Gesellschaft und unserem ganz alltäglichen Leben und wie das mit der Idee einer kommunistischen Gesellschaft vereinbar oder eben unvereinbar ist. In Artikeln, die zwei bis drei Seiten lang sind, werden fundiert, aber nicht zu kompliziert Fragen zu Kommunismus oder Realsozialismus beantwortet und Kritik an Staat, Nation und Kapital geübt. Es werden vor allem reaktionäre, rassistische, sexistische,... Argumentationsmuster und Zu-

Wem gehören die Wände?

Graffiti: Kunst- und Ausdrucksformen im öffentlichen Raum

Graffiti gibt es überall im städtischen Raum: morgens am Bahnsteig der einfahrende von oben bis unten frisch besprühte Zug, eine antikapitalistische Parole an der Glasfassade einer Bankfiliale oder einfach nur die bekritzelten Wände auf dem Schullo.

In New York nahm die Entwicklung von Graffiti ihren entscheidenden Lauf.

Sie ist nicht ohne die Hip-Hop-Kultur zu denken, doch hängen beide nicht immer zwangsläufig zusammen. Graffiti begann Ende der 60er Jahre unabhängig und einige Jahre früher. Beides entstand in sozial stark benachteiligten und ausgegrenzten Bevölkerungsschichten New Yorks. Als Hip-Hop ca. 1973 seine ersten Anfänge nahm, wurde auch Graffiti, neben Breakdane, Rap und dem DJing, schnell Teil dieser neuen Jugendkultur.

Mit Graffiti und Hip-Hop boten sich neue Möglichkeiten für Jugendliche (nicht nur) aus dem Ghetto, sich auszudrücken und der Perspektivlosigkeit zu entfliehen. Auseinandersetzungen konnten durch friedlichen Wettstreit (Battle) anstatt mit Gewalt gelöst werden. Alltagsprobleme und -sorgen der Jugendlichen fanden Ausdruck in gesprühten Bildern (Pieces). Ihre Leinwand war und ist „die“ Stadt an sich.

Anfang der 80er Jahre verbreitet sich Graffiti von New York aus Richtung Europa, nach Amsterdam. Hier hatte sich seit einigen Jahren bereits eine eigenständige Graffitiszene entwickelt. Diese war anders als die New Yorker stark von Punk geprägt. Besonders die lebhafteste Hausbesetzer_innenbewegung und linke politische Inhalte waren prägend. Hier entstand auch die Idee Symbole, Figuren oder Parolen mit Hilfe von Schablonen auf Wände zu bringen. Diese Technik wird heute vor allem der Street Art, mit ihrem wahrscheinlich berühmtesten Vertreter Banksy, zugerechnet. Bald wurde Graffiti jedoch auch in Amsterdam von der Hip-Hop-Kultur dominiert.



Bild: Banksy

Kunst und Ausdruck im öffentlichen Raum

In Öffentlichkeit und Medien gilt meist einhellig die Meinung, dass Graffiti zwar bis zu einem gewissen Punkt Kunst sei, in erster Linie aber Sachbeschädigung und somit strafbar. Tatsächlich sehen sich Sprüher_innen mit hohen Geldstrafen und bis zu zwei Jahren Gefängnis konfrontiert.

Auch beim Aufspüren und Verfolgen des Graffiti immer wieder von Seiten des Staates aufgerüstet, so kommen sogar Hubschrauber und Wärmebildkameras sowie eigens eingerichtete Sonderkommissionen zum Einsatz. Nicht selten sterben Sprüher_innen auf der Flucht vor der Polizei im Straßen- oder Schienenverkehr.

Viele Menschen sehen in Graffiti aber eine Möglichkeit, das Bild der Stadt aktiv mitzugestalten und sich Räume (wieder) anzueignen, die leblos und kalt von Glas, Beton und Asphalt dominiert werden. Es können so zum Beispiel auf kreative Weise gesellschaftskritische Ideen mit einer breiten Öffentlichkeit kommuniziert werden. Durch Graffiti kann direkt gegen ein zunehmend steriler werdendes Stadtbild angekämpft werden, in dem der Mensch nur noch eine untergeordnete Rolle als Konsument_in spielt. Es kann prinzipiell als eine politisch radikale Kunstform angesehen werden, da es sich über etablierte Besitzverhältnisse, wie gesetzlich geschütztes Privateigentum, hinwegsetzt und diese somit auch in Frage stellt.

Dominik

„Was mehr wird, wenn wir teilen“

Buchrezension

„Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter“ ist ein dünnes, leicht lesbares Buch, das kurz und bündig nachzeichnet, was Gemeingüter (oder Allmende, englisch „commons“) sind und unter welchen Bedingungen sie dauerhaft gut genutzt werden können. Die Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom hebt hervor, dass es zwischen Markt und Staat noch einen dritten Weg gibt: Die gemeinschaftliche Nutzung.

Ostrom erklärt anhand von zwei globalen Gemeingüter-Problemen (Entwaldung und Überfischung), welche Lösungsinitiativen warum wirksam oder unwirksam waren. Sie weist darauf hin, dass man zwischen den Ressourcen wie Wald oder Meer, die auf unterschiedliche Weise genutzt werden können, und den Eigentumsverhältnissen, aufgrund deren sie genutzt werden, unterscheiden muss.

Damit die gemeinschaftliche Nutzung funktionieren kann, muss es neben technischen Instrumenten lokal angepasste und veränderbare Institutionen und Regeln geben. Ostrom nennt acht Designprinzipien für Gemeingüterregeln, die gelten müssen, damit die Nutzung von Gemeingütern funktionieren kann. In diese Regeln müsse man genauso wie in Technik investieren.

Ostrom macht deutlich, dass die Einbindung lokaler Gemeinschaften mit ihren spezifischen, historisch gewachsenen Regeln essenziell

ist. Sie betont immer wieder, dass Menschen durchaus gewinnbringend kooperieren, wenn sie davon ausgehen können, dass sich auch die anderen an Regeln halten: „sie wollen nur nicht als Idioten dastehen“. Um Fehler zu minimieren, seien Netzwerke mit mehreren Zentren nützlich, in denen mehrere Stellen an denselben Problemen arbeiten.

Die Erklärungen von Silke Helfrich, der deutschen Expertin auf dem Gebiet der Gemeingüter, rahmen Ostroms Texte ein und setzen sie in Kontext. Tipp: Wer mehr wissen will, sollte das Glossar am Ende des Buches vorher oder zu den passenden Textstellen lesen.

Warum ist dieses Buch interessant? Dinge müssen nicht immer privat oder vom Staat verwaltet werden. Wer sich dafür interessiert, findet hier neben einer Einschätzung der bisherigen Weltmeer- und Welt-Wald-Politik kurz gefasst, wie das gehen kann.

Irene Müller

Elinor Ostrom: „Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter.“

Herausgegeben, überarbeitet und übersetzt von Silke Helfrich. Neuerscheinung 2011 im Oekom-Verlag. 14,95 €



Zur fünften Ausgabe ging das Redaktionsteam mit einigen DJs sogar auf Tour – „des rues des sucre“ – und trat im Mai in Magdeburg, Berlin, Bielefeld und Göttingen auf. Die Zeitung und andere Merchandise Artikel könnt ihr euch auf der Homepage bestellen – die Zeitung ist kostenlos. Dort findet ihr auch alle aktuellen Termine. Außerdem stehen alle bisherigen Ausgaben als pdf-Dokument auf der Homepage zur Verfügung.

„Straßen aus Zucker“ ist auf jeden Fall ein empfehlenswertes Zeitungsprojekt, wenn ihr euch mit der Idee einer anderen Gesellschaftsform und den Missständen unserer jetzigen Gesellschaft auseinandersetzen wollt. Die Artikel sind fundiert und machen auch auf Widersprüche innerhalb der „linken Szene“ aufmerksam. Es macht Spaß, sie zu lesen und die/der LeserIn kann vieles daraus mitnehmen – also eine tolle Ergänzung zur „utopia“!

Lyd

Internet: strassenausucker.tk
 Facebook:
 www.facebook.com/strassenzucker#!/strassenzucker?sk=info
 Der Film: www.youtube.com/watch?v=j06dAG_aS98